

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0196/2026

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Jetzt reicht es - Wisent-Projekt stoppen und Bevölkerung schützen (mit Antrag auf Dringlicherklärung)

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. das Projekt «Wisent im Thal» mit sofortiger Wirkung zu stoppen und sämtliche kantonalen Aktivitäten, Bewilligungen, Unterstützungsleistungen und Vorbereitungen für eine weitere Projektphase zu sistieren;
2. die geplante Überführung der Wisentherde in eine betreute Halbfreiheit im Jahr 2027 zu verhindern und eine Öffnung des bestehenden Schutzzauns nicht zuzulassen, solange die Sicherheit der Bevölkerung nicht zweifelsfrei gewährleistet ist;
3. sämtliche bisherigen wissenschaftlichen, veterinärmedizinischen und sicherheitsrelevanten Abklärungen daraufhin überprüfen zu lassen, ob die reale Gefährdung von Menschen in einem öffentlich zugänglichen, land- und forstwirtschaftlich genutzten Gebiet tatsächlich ausreichend berücksichtigt wurde;
4. dem Kantonsrat vor einer allfälligen Weiterführung des Projekts einen vollständigen Bericht über sämtliche Risiken, Haftungsfragen, Verantwortlichkeiten, Notfallmassnahmen und finanziellen Folgen vorzulegen;
5. bis zum Abschluss dieser Überprüfung auf weitere kantonale finanzielle Unterstützung des Projekts zu verzichten;
6. sämtliche durch diesen Auftrag entstandenen Kosten auf den Verein «Wisent im Thal» abzuwälzen.

Begründung: 02.09.2026 (schriftlich)

Seit Jahren wird im Kanton Solothurn über das Wisent-Projekt diskutiert. Bereits 2017 wurden im Kantonsrat kritische Fragen zu den möglichen Auswirkungen des Projekts auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd, Wildtierkorridore und insbesondere die Sicherheit aufgeworfen. Diese Bedenken wurden damals nicht zum Anlass genommen, das Projekt zu verhindern. Und so kam es, wie es kommen musste:

Am 31. August 2026 hat sich nun auf der Sollmatt in Welschenrohr ein schwerwiegender Vorfall ereignet: Der Wisent-Ranger wurde von einem Wisent-Stier überrannt und verletzt. Die Rega musste ihn ins Spital fliegen. Wie man munkelt, war es nicht der erste Unfall.

Für die politische Beurteilung ist dabei nicht entscheidend, ob der Projektverein den Vorfall als «Aggression» des Tieres oder als Reaktion auf eine zu grosse Annäherung bezeichnet. Tatsache ist, dass ein ausgewachsenes Wildtier einen Menschen verletzt hat – und zwar einen erfahrenen Ranger, der mit den Tieren vertraut ist. Wenn selbst eine geschulte und mit den Tieren vertraute Person eine Situation falsch einschätzen kann, stellt sich umso dringlicher die Frage, wie die Sicherheit der übrigen Bevölkerung zuverlässig gewährleistet werden soll.

Diese Frage gewinnt zusätzlich an Bedeutung, weil das Projekt 2027 in eine neue Phase überführt werden soll. Die bisherige Haltung erfolgt in einem rund 100 Hektaren grossen, eingezäunten Gebiet, das weiterhin land- und forstwirtschaftlich genutzt und von der

Öffentlichkeit betreten wird. Vorgesehen ist, die Wisente anschliessend in eine betreute Halbfreiheit zu überführen und dafür den bestehenden Schutzzaun zu öffnen. Damit würde sich die Sicherheitslage grundlegend verändern.

Bereits heute führen öffentliche Wanderwege durch das Gebiet. In einer Halbfreiheit wären neben den Projektverantwortlichen auch Wanderer, Spaziergänger, Familien und Kinder, Hundehalter, Reiter, Velofahrer, Landwirte, Forstmitarbeiter, Jäger und Rettungsdienste potenziell mit den Tieren konfrontiert. Zusätzlich stellen sich Fragen zu Ausbrüchen, Fluchtverhalten, Verletzungen, Sach- und Landwirtschaftsschäden sowie zur Intervention in kritischen Situationen.

Gleichzeitig bestehen erhebliche Zweifel an den Rahmenbedingungen der nächsten Projektphase. Gemeinden im Thal haben sich gegen die Bereitstellung zusätzlicher Flächen ausgesprochen, weshalb das ursprünglich vorgesehene Gebiet für die Halbfreiheit angepasst beziehungsweise verkleinert werden musste. Ebenso sammelt die junge SVP Thal aktuell Unterschriften für einen Volksauftrag, welcher die Wiederansiedlung der Wisente im Thal stoppen will. Das Projekt verliert nach Umfragen auch in der Bevölkerung immer mehr an Rückhalt.

Der aktuelle Vorfall zeigt, dass die Sicherheitsfragen neu und unabhängig beurteilt werden müssen, bevor das Projekt weitergeführt oder der Schutzzaun geöffnet wird. Ein Sicherheitskonzept darf nicht darauf beruhen, dass sich alle Menschen jederzeit korrekt verhalten und die Reaktionen eines grossen Wildtieres zuverlässig vorhersehbar sind.

Der Regierungsrat trägt Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung und macht sich mitschuldig bei gravierenden Unfällen wie diesem. Er darf sich deshalb nicht allein auf bisherige Bewilligungen, wissenschaftliche Untersuchungen oder die Einschätzungen des Projektvereins berufen.

Die bereits 2017 aufgeworfenen Fragen sind durch den aktuellen Vorfall aktueller denn je. Die neue Situation verlangt eine sofortige politische und sicherheitstechnische Neubewertung – insbesondere mit Blick auf die geplante Halbfreiheit ab 2027.

Es geht um die staatspolitische Grundfrage, ob ein Wiederansiedlungsprojekt weitergeführt werden darf, solange eine konkrete Gefährdung von Menschen nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann.

Die Sicherheit der Bevölkerung muss Vorrang haben. Solange nicht unabhängig nachgewiesen ist, dass die geplante nächste Projektphase unter den konkreten Bedingungen des Solothurner Juras sicher, verantwortbar und beherrschbar ist, darf sie nicht umgesetzt werden. Deshalb ist jetzt die Reissleine zu ziehen und das Projekt zu stoppen.

Unterschriften: Künzli Beat